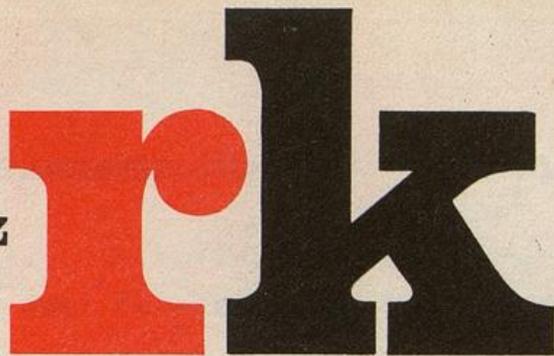


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 25. Jänner 1985

Blatt 189

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Meiler vor dem Rathaus symbolisiert die Bedeutung
ausgesendet: des Waldes
(grau) Deutsche Smog-Werte bis zu Smogalarmplan für Wien
gültig

Politik: Wohnbaugesetz 1984: Mehr Möglichkeiten für die
(rosa) Länder

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Wasserverluste geringer als Leistung des
Grundwasserwerks Donauinsel Nord
Vorsorgebericht des Gesundheitsamtes

Lokal: Wasserrohrbruch in der Elisabethstraße
(orange) Hilfe bei Wasserrohrbruch in Privatkindergarten

Nur Schneefest auf dem Monte Laa findet am Sonntag
über FS: statt!
Geruchsbelästigung im 13. Bezirk

.....
Bereits am 24. Jänner 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Geehrte Redaktion!

.....

=++++

13 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Am kommenden Mittwoch, dem 30. Jänner, tritt der Kontrollausschuß des Wiener Gemeinderates am Nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Erstmals werden danach am Donnerstag, dem 31. Jänner, um 11 Uhr Vertreter aller drei Parteien des Gemeinderates über die Ergebnisse der Beratungen des Kontrollausschusses in einer gemeinsamen

PRESSEKONFERENZ

informieren und für Fragen zur Verfügung stehen. Wir würden uns freuen, Sie bei diesem Pressegespräch begrüßen zu dürfen.

Bitte merken Sie vor:

ZEIT: Donnerstag, 31. Jänner, 11 Uhr

ORT: Konferenzsaal des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien, Rathaus, Stiege 3.

Presse- und Informationsdienst
der Stadt Wien

(Schluß) ger/gg

NNNN

.....
Bereits am 24. Jänner 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Meiler vor dem Rathaus symbolisiert die Bedeutung des Waldes
Utl.: Keine Gesundheitsbelastung durch den Meiler

=++++

14 Wien, 24.1. (RK-LOKAL) Als Symbol für den Zusammenhang unserer Kultur mit dem Wald steht derzeit ein Meiler auf dem Rathausplatz. Er demonstriert, so der Gestalter der Ausstellung "Der Wald", Herman Prigann, die frühe Nutzung des Holzes durch den Menschen.

Aufgrund der Inversionswetterlage kam es allerdings am Dienstag zu einigen Beschwerden von Anrainern wegen des ungewohnten Geruches. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA ordnete daraufhin die Reduktion des Verbrennungsvorganges auf ein Minimum an. Man sei natürlich bestrebt, alles zu unternehmen, um eine Belästigung der Anrainer zu vermeiden, sagte Mrkvicka. Der Meiler biete jedoch die Möglichkeit, alte, für unsere Zivilisation wesentliche Techniken kennenzulernen, was auch schon von vielen Schulklassen und den Besuchern der Ausstellung benutzt werden. Überlegungen bezüglich der Rauch- und Dampfentwicklung des Meilers seien bereits vor der Aktion angestellt worden. Wie nun auch Umweltexperten der Magistratsabteilung 22 bestätigen, sei die Rauch- und Dampfentwicklung gesundheitlich völlig unbedenklich. (Schluß) gab/ko

NNNN

.....
Bereits am 24. Jänner 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Deutsche Smog-Werte bis zu Smogalarmplan für Wien gültig (1)

=++++

15 #Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Die für Nordrhein-Westfalen geltenden strengen Smogalarmgrenzwerte gelten ab sofort - bis zur Erstellung eines Wiener Smogalarmplanes - auch für Wien. Das teilte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mit. Braun hatte bekanntlich bereits am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters eine Überprüfung der deutschen Werte auf Übernahme durch Wien angekündigt. Abgesehen davon werden nun noch weitere Gespräche mit der Akademie der Wissenschaften geführt, um eine Grenzwertfestlegung für Wien durchzuführen und einen entsprechenden Alarmplan zu erstellen. Unabhängig davon sind in der Zwischenzeit die deutschen Werte gültig.

Aufgrund einer internen Anweisung werden auch jetzt schon bei Inversionswetterlagen die Wiener Großemittenten verständigt (Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen, EBS), um auf schadstoffärmere Brennstoffe bzw. Drosselung umzusteigen. "Die nun zwischenzeitlich festgelegten Grenzwerte sollen zeigen, daß Wien selbstverständlich ebenfalls Vorbereitungen für einen Smogalarmplan bzw. Luftreinhalteplan trifft, ich möchte dennoch nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß in Wien bisher - auch nach den offiziell gültigen Werten - noch nie Smogalarm nötig gewesen wäre. Durch die verschiedenen Luftreinhalteprogramme wird der Schwefeldioxidgehalt der Luft in Zukunft auch weiter abgesenkt und die Schwefeldioxidbelastung damit - wie schon seit 1979 - weiter sinken", sagte Braun. #

(Forts.) hs/ko

NNN

.....
Bereits am 24. Jänner 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Deutsche Smog-Werte bis zu Smogalarmplan für Wien gültig (2)
Utl.: Stellungnahme zu APA-Aussendung: "mit Gesundheitsschäden
zu rechnen"

=++++

16 Wien, 24.1. (RK-KOMMUNAL) Zu einer Aussendung der APA, in der dem Umweltschutzexperten der MA 22 Dipl.-Ing. Helmut LÖFFLER in den Mund gelegt wird, daß die Wiener Luft zu Gesundheitsschäden führe, erklärte Löffler gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ", daß dies sicherlich nicht den Tatsachen entspreche. Die Kriterien der österreichischen Akademie der Wissenschaften sagen, daß bei Überschreitung der Zone II Gesundheitsschäden nicht auszuschließen sind. Das betonte Dipl.-Ing. LÖFFLER von der MA 22 Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

Konzentrationen, bei denen Gesundheitsschäden auftreten oder sicher sind, sind zweifellos die Konzentrationen, bei denen ein Smogalarm ausgelöst werden und massiv in die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung eingegriffen werden müßte, um dies zu verhindern.

Die Luftqualitätskriterien der österreichischen Akademie der Wissenschaften für Schwefeldioxid und Staub legen folgendes fest:

Zone I: muß eingehalten werden, um Vegetationsschäden auszuschließen,

Zone II: sollte eingehalten werden, wenn Gesundheitsschäden an der Gesamtbevölkerung, auch an Kindern, Alten und Vorgeschiedigten ausgeschlossen sein sollen. Und die Einhaltung der

Zone III: garantiert, daß keine Gesundheitsschäden an der arbeitenden Bevölkerung auftreten (keine Kinder und alte oder kranke Menschen), die sich zudem acht Stunden in diesen Konzentrationen aufhalten.

"Ich habe auch in Anschluß an den Vortrag von Fr. Doz. Kolb die Akademie Kriterien nur so zitiert, da ich die Problematik der Interpretation der Akademie Kriterien öfters miterlebt habe", sagte Dipl.-Ing. Löffler. (Schluß) hs/ko

Wasserrohrbruch in der Elisabethstraße

=++++

1 Wien, 25.1. (RK-LOKAL) Aus bisher unbekannter Ursache ist in der Nacht zum Freitag, gegen 3 Uhr früh, eine 400 Millimeter Wasserleitung in der Elisabethstraße, in Höhe des Hauses Nr. 17, geborsten. Das auslaufende Wasser geriet bis in den Bereich der Linken Wienzeile - Karlsplatz und drang in zahlreiche Keller ein, darunter in die Zentrale der Post am Schillerplatz und in das Theater an der Wien. Im Bereich der Millöckergasse standen zahlreiche abgestellte PKW bis zu einem halben Meter unter Wasser. Als erste Maßnahme wurden von der Feuerwehr großräumig alle Kanaldeckel geöffnet, um das Wasser abzuleiten. Im Bereich des Hauses Elisabethstraße 17 sank die Fahrbahndecke wegen Unterwaschung ein, es entstand ein etwa 3 Meter mal 7,5 Meter großer Krater. Ein dort abgestellter PKW mußte von der Feuerwehr geborgen werden.

Die Straßenbahnlinien "52" und "58" können vorübergehend nicht über die Schleife Eschenbachgasse/Opernring geführt werden. Beide Linien werden bis zum Abschluß der Reparaturarbeiten, voraussichtlich bis Freitag abend, über die Stiftgasse zur Endstelle der Linie "49" geführt. (Forts. mgl.) fk/ko

NNNN

Hilfe bei Wasserrohrbruch in Privatkindergarten

=++++

7 Wien, 25.1. (RK-LOKAL) Mit Hilfsmaßnahmen sprangen Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL und das Büro für Sofortmaßnahmen ein, als Donnerstag nacht ein Wasserrohrbruch die Räume eines Privatkindergartens in der Mariahilfer Straße 98 unbrauchbar machte. Die rund 40 Kinder werden mit einem Bus täglich in den von Stadtrat Smejkal zur Verfügung gestellten Sommerkindergarten Girzenberg, Angermayergasse im 13. Bezirk gebracht und dort auch gepflegt. Die Kosten dieser Transporte trägt das Büro für Sofortmaßnahmen der Stadt Wien, bis dem Privatkindergarten ein Ersatzlokal zur Verfügung steht. (Schluß) je/gg

NNNN

Wasserverluste geringer als Leistung des Grundwasserwerks
Donauinsel Nord

=++++

13 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Die Wasserwerke überprüfen selbstverständlich die Wasserrohre ständig auf Undichtheiten. Allein durch diese Aktion versickern jährlich 30 Millionen Kubikmeter weniger. Falsch sei jedoch die Aussage, daß derzeit jene Menge Hochquellwasser durch Undichtheiten verloren gehe, die das Grundwasserwerk Donauinsel Nord liefert, wie der Freiheitliche Gemeinderat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ heute in einer Aussendung meint. Das betonte Umweltstadtrat Helmut BRAUN Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ".

Das GWW Donauinsel Nord wird auf eine tägliche Leistung von 100.000 Kubikmeter geschätzt, nach internationalen Schätzungen versickern bei Wasserleitungen in aller Welt zwischen 3 und 10 Prozent (bei einem Durchschnittsverbrauch von rund 400.000 m³ pro Tag also zwischen 12.000 und 40.000 m³). Dabei nicht eingerechnet ist die Wasserabgabe über Hydranten, z. B. für die Feuerwehr, bei Abbrucharbeiten, für Kanalspülungen usw. Sie ergibt gemeinsam mit den Versickerungen rund 15 Prozent. Braun wies außerdem darauf hin, daß im Wasserkonzept 2000 natürlich Überlegungen für eine Nutzwasserleitung enthalten sind, eine derartige Leitung sei aber wegen der Wiener Wirtschaftsstruktur - geprägt durch über das ganze Stadtgebiet verstreute Klein- und Mittelbetriebe - nicht für das gesamte Stadtgebiet möglich. Zahlreiche Industriegebiete beziehen heute bereits Brunnenwasser. Braun wies außerdem darauf hin, daß das Grundwasserwerk Donauinsel Nord unabhängig davon, ob nun zuerst die Staustufe Wien oder eine Staustufe unterhalb Wiens gebaut wird, notwendig ist, da einerseits bei der Staustufe Wien das GWW Donauinsel Nord jenes in Nußdorf und andererseits bei einer Staustufe unterhalb Wiens das GWW Donauinsel Nord vorübergehend jenes der Lobau ersetzen sollte. In dem Vertrag mit der DoKW, der heute auf der Tagesordnung des Gemeinderates steht, ist außerdem die Dotation Lobau enthalten, die neben der Sicherung des Grundwasserwerks eine Verbesserung der Verhältnisse im Augebiet darstellt. (Schluß) hs/ko

Vorsorgebericht des Gesundheitsamtes (1)

Utl.: Jährlich werden zwei Millionen Menschen betreut

=++++

14 #Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Wien ist das erste Bundesland, das einen eigenen "Vorsorgebericht" herausgebracht hat. Der Bericht, Freitag Gegenstand einer Mitteilung von Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in der Sitzung des Wiener Gemeinderates, wurde Donnerstag abend im Rahmen eines Pressegespräches vorgestellt. Laut Stacher wird das Gesundheitsamt als wichtigstes Zentrum der Vorsorgemedizin in Wien jährlich von rund zwei Millionen Menschen frequentiert. Der nunmehr vorliegende "Vorsorgebericht" vermittelt einen Überblick über die zahlreichen vorsorgemedizinischen Maßnahmen und Einrichtungen. #

Zwtl.: Priorität für Vorsorgemedizin

Sind unter Prof. Julius TANDLER grundlegende Einrichtungen wie die TBC-Fürsorgestellen, der Schulärztliche Dienst sowie diverse Beratungsstellen geschaffen worden, so wurden in den letzten Jahren vor allem die Vorsorgeeinrichtungen ausgebaut und verstärkt. In Wien werden keineswegs, wie dies von ÖVP-Politikern immer wieder behauptet wurde, eine "Krückenmedizin" praktiziert, betonte Stacher. Vielmehr bestehe die Gesundheitspolitik in Wien aus dem Bereich der Vorsorgemedizin mit der Verhütung, Früherkennung und Nachsorge von Erkrankungen, der Behandlung und Heilung sowie der Rehabilitation nach Erkrankungen.

Zwtl.: Bekämpfung von Infektionskrankheiten

Zu den wichtigsten medizinischen Leistungen zähle auch die erfolgreiche Bekämpfung der Infektionskrankheiten in Wien, wodurch die Lebenserwartung entscheidend verlängert werden konnte. Betrug vor 100 Jahren in Wien die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer 33 Jahre und die der Frauen 38 Jahre, so liegt sie derzeit, wie Stacher erklärte, bei 67,9 Jahren bei den Männern und bei 74,6 Jahren bei den Frauen. Jährlich werden von den Ärzten des Gesundheitsamtes durchschnittlich 320.000 Impfungen durchgeführt. (Forts.) z1/bs

NNNN

Vorsorgebericht des Gesundheitsamtes (2)

Utl.: Umfangreiches Vorsorgeprogramm

=++++

15 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Univ.-Prof. Dr. Stacher gab im Rahmen des Pressegespräches einen Überblick über die umfangreiche Tätigkeit des Gesundheitsamtes, wobei er im besonderen auf die zahlreichen Vorsorgemaßnahmen für Schwangere, Säuglinge - wie zum Beispiel das sogenannte "Risikokinderprogramm" zur Früherkennung von Entwicklungsstörungen -, Schulkinder und Erwachsene hinwies.

Zwtl.: Bleibelastung zurückgegangen

Umfangreich sind laut Stacher auch die diversen Umweltschutzmaßnahmen des Gesundheitsamtes. Neben laufenden Untersuchungen des Wiener Trinkwassers seitens der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt werden auch Untersuchungen des Wiener Gemüses sowie der Bleibelastung durchgeführt. In diesem Zusammenhang gab der Gesundheitsstadtrat auch bekannt, daß aufgrund laufend durchgeführter Messungen erfreulicherweise ein Rückgang um 24 Prozent festgestellt werden konnte.

Zwtl.: Studie über Atemwegerkrankungen

Darüber hinaus hat das Gesundheitsamt aber auch sofort nach Bekanntwerden der ersten Beschwerden wegen angeblich auftretender Atemwegerkrankungen reagiert. Neben Kontakten mit Lungenfachärzten und niedergelassenen praktischen Ärzten sowie den betreffenden Kinderspitälern und Kinderabteilungen wurde auch mit der Durchführung einer eigenen Studie begonnen. Im Rahmen dieser Studie, die gemeinsam mit dem Institut für Umwelthygiene und der Universitätsklinik durchgeführt wird, sollen insgesamt 800 Kindergarten- und Volksschulkinder einer Untersuchung unterzogen werden. Stacher warnte allerdings in diesem Zusammenhang vor einer Verunsicherung der Bevölkerung. Seiner Meinung nach sollte die Bevölkerung stattdessen stärker als bisher informiert und aufgeklärt werden. (Schluß) zi/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

5 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von GR. WIESINGER (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

GR. Dkfm. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erkundigte sich in der ERSTEN ANFRAGE beim Bürgermeister nach der Form der Mitwirkung der Stadt Wien an der Planung der Staustufe Wien. Bürgermeister ZILK antwortete, daß die Stadt Wien ihre Wünsche in die Planungen einfließen läßt und auch selbst auf die Staustufe Wien Bedacht genommen hat. Seine Ankündigung der ökologiekommission beziehe sich auf diesen Bereich, sagte Zilk. Zilk sagte zu, alle Pläne und Gutachten öffentlich zugänglich zu machen.

Die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) betraf Gespräche über steuerliche Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen für die Stadterneuerung. In diesem Monat, sagte Zilk, habe es bereits zwei Gespräche gegeben, es folgen weitere, und er hoffe, daß man im Februar zu einer einvernehmlichen Auffassung kommen werde. Er garantiere, sagte Zilk weiter, daß die Stadt Wien alles tun werde, um für Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu sorgen.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Das Anmeldeverfahren für die Schüler der vierten Volksschulklassen für die weiterführenden Schulen habe sich 1985 nur durch eine administrative Erleichterung verändert, erklärte Bürgermeister Dr. ZILK auf die DRITTE ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ). Es handle sich ausschließlich darum, daß sich die Eltern die persönliche Vorsprache in der Schule nun ersparen.

Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren sei Mitte Dezember betreffend Eintragungsfrist und Stichtag in der Wiener Zeitung kundgemacht worden, sagte StR. Friederike SEIDL auf die VIERTE ANFRAGE von Mag. KAUER (ÖVP). Die endgültige Verlautbarung werde am 27. Februar erfolgen. Das Volksbegehren sei bereits sehr bekannt, es werden aber zusätzlich noch Hausanschläge veranlaßt. (Forts.) je/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. VEJTISEK (SPÖ), welche Wintersportmöglichkeiten die Stadt Wien bietet, wies Kulturstadtrat MRKVICKA (SPÖ) auf die acht Langlaufloipen, die Rodelbahnen und Rodelstraßen, die Natureislaufplätze sowie die Schilifte am Himmelhof und Hohe Wand-Wiese hin, welche heuer bereits von rund 125.000 Schifahrern frequentiert wurden. Darüber hinaus gibt es auch Jugendeislaufaktionen und Kindertagesgeschikurse.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. STEINBACH (SPÖ) nach der Bedeutung der historischen Kommission für die Wiener Stadtgeschichte unterstrich StR. MRKVICKA die wertvolle Arbeit, die hier auf dem Wege der Einbeziehung der Wiener Bevölkerung geleistet wird. Nach dem Jahr 1945 soll nun vor allem die Besatzungszeit durch eine intensive Dokumentation aufgearbeitet werden.

Auf die SIEBENTE Anfrage von GR Dr. HAWLIK (ÖVP), ob die Stadt Wien bereits den ersten Teil der von den DoKW im Rahmen einer Vereinbarung zugesagten 800 Millionen Schilling erhalten hat, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), daß es keine Zahlung gegeben hat, da aufgrund der Ereignisse um Hainburg die Dotierung des Vertrages einvernehmlich auf den Zeitpunkt nach der von der Bundesregierung angeordneten Denkpause verschoben worden ist. Bezüglich der Zuschüsse des Bundes zu den Wiener Hochwasserschutzbauten und begleitenden ökologischen Maßnahmen sagte Mayr, daß diese Gegenstand eines Staatsvertrages zwischen Bund und Land Wien sind. Die betreffenden Maßnahmen sind unabhängig von den Kraftwerksbauten zu sehen. Da aber der Kraftwerksbau an der Donau aus ökologischen und ökonomischen Gründen sinnvoll ist, müssen auch alle Vorbereitungen getroffen werden, um die begleitenden Maßnahmen möglichst lange vorzuplanen. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR gab auf die ACHTE ANFRAGE von GR. LACINA (SPö) bekannt, daß Jungärzte für ihre Erstniederlassung einen Kredit bis zur Höhe von 300.000 Schilling zum günstigen Zinssatz von 4 Prozent erhalten. 343 Jungärzte haben bisher von dieser Aktion Gebrauch gemacht. Die Kreditaktion wird fortgesetzt.

Sieben städtische Wohnhausanlagen im 21. und 22. Bezirk sind nicht an das öffentliche Kanalnetz angeschlossen, gab StR. HOFMANN auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) bekannt. Für die Abwasserbeseitigung gelten strengste Auflagen, für das Grundwasser sei keine Belastung zu erwarten.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. ARTHOLD (öVP), wie oft er bisher von seinem Umweltveto Gebrauch gemacht habe, sagte StR. BRAUN, daß dieses Veto auf politischer Ebene nicht mehr nötig gewesen sei. Die Einwände der Umweltautorität werden bereits bei der Planung berücksichtigt. Die MA 22 könne durch eine Personalaufstockung künftig auch bei kleineren Bauverhandlungen vertreten sein. Zum neugeschaffenen Bundesumweltamt sagte StR. Braun, er erwarte sich eine positive Zusammenarbeit. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Personelle Veränderungen

=++++

11 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Der bisherige 1. Vorsitzende des Wiener Gemeinderates, Leopold MAYRHOFER (SPö), hat sein Mandat zurückgelegt. Zu seinem Nachfolger als 1. Vorsitzender wurde GR. Prof. Leopold WIESINGER (SPö) gewählt.

Zu einem weiteren neuen Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates wurde GR. Ernst OUTOLNY (SPö) gewählt.

Auch GR. Franz PESKA (SPö) hat sein Mandat zurückgelegt. Otmar BRIX und Werner FAYMANN (beide SPö) wurden als neue Gemeinderäte angelobt.

Otmar Brix wurde am 16. Juli 1944 in Wien geboren. Er erlernte den Beruf eines Radiomechanikers. Seit 1980 ist Otmar Brix Bezirkssekretär der SPö-Simmering.

Werner Faymann wurde am 4. Mai 1960 in Wien geboren; er ist mit 24 Jahren der bisher jüngste Gemeinderat und Landtagsabgeordnete der Bundeshauptstadt. Werner Faymann maturierte 1978 am Bundesrealgymnasium Henriettenplatz und studierte Jus an der Wiener Universität. Seit September 1981 ist er Landesvorsitzender der Sozialistischen Jugend. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Personelle Veränderungen

=++++

12 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. ZILK würdigte die Leistungen der beiden ausscheidenden Gemeinderatsmitglieder. GR. PESKA war 20 Jahre lang Mitglied des Gemeinderates.

Leopold MAYRHOFER war 15 Jahre lang Gemeinderatsmitglied und seit 1978 1. Vorsitzender. Er bewundere die noble, zurückhaltende Art, mit der Mayrhofer den Vorsitz des Gemeinderates führte, betonte Zilk.

Zwtl.: Dringliche Anfrage

Die ÖVP brachte eine dringliche Anfrage betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Wiener Luftsituation ein, die vor Schluß der Sitzung behandelt wird. (Forts.) and/ko

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Mitteilung von StR. STACHER über Vorsorgebericht des Gesundheitsamtes

=++++

16 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Siehe dazu eigene RK "Vorsorgebericht des Gesundheitsamtes".

Zwtl.: Selbstverwaltete Kommunikationszentren

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte eine Subvention von 5,5 Millionen Schilling für die Förderung von selbstverwalteten Kommunikationszentren. Die ÖVP kritisierte, erklärte GR. PUTZ (ÖVP), die willkürliche Aufteilung der Subventionssummen für selbstverwaltete Kommunikationszentren. Im Gegensatz zum Forum Arena habe das Kulturzentrum Spittelberg als Verwalter des Amerlinghauses keinen detaillierten Kostenschlüssel für die 1984 erhaltenen Subventionen aufgestellt. Die ÖVP, erklärte Putz, lehne die Subvention für das Amerlinghaus in Höhe von 2,5 Millionen Schilling ab.

Auch er, sagte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ), sehe den fehlenden Rechenschaftsbericht des Amerlinghauses als ein Defizit. Er werde anregen, daß der Abrechnungszeitraum um die Hälfte verkürzt werde. Man dürfe aber nicht übersehen, daß die Aktivitäten des Amerlinghauses, z. B. für türkische Kinder und Jugendliche und Senioren, außerordentlich erfolgreich sind. Das Amerlinghaus habe sich als Begegnungs- und Diskussionsstätte nicht nur für alternative Gruppen etabliert.

ABSTIMMUNG: Die Subventionen für Forum Arena und Freie Gruppen und Vereine wurden einstimmig, die Subvention für den Kulturverein Spittelberg-Amerlinghaus mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. (Forts.)
je/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Selbsthilfefonds

=++++

17 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR KÖNIG (SPÖ) stellte den Antrag zur Schaffung eines Selbsthilfefonds, dessen Mittel zur Gewährung einmaliger Beiträge als Starthilfe oder Überbrückungshilfe an private Selbsthilfegruppen verwendet werden sollen.

GR Ilse FORSTER (SPÖ) verwies darauf, daß den Selbsthilfegruppen bereits in der Regierungserklärung von Bürgermeister ZILK breiter Raum eingeräumt wurde. Sozial engagierte Bürger, die sich für ihre Mitbürger einsetzen, müßten auch von der Öffentlichkeit gefördert werden. Heute gibt es mehr als 100 Selbsthilfegruppen, ohne die eine moderne Sozialarbeit nicht mehr denkbar sei. Diese sozial engagierten Bürger geben ihre eigenen Erfahrungen weiter und ergänzen damit das Leistungsangebot der Stadtverwaltung.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Fremdenverkehrsförderung

=++++

18 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. WIESINGER (SPÖ) stellte zwei Anträge zur Förderung des Fremdenverkehrsverbandes für Wien mit der Gesamtsumme von 52 Millionen Schilling.

GR. LANGHAMMER (ÖVP) plädierte für die verstärkte Attraktivierung der touristischen Infrastruktur Wiens durch eine Reihe von Maßnahmen. So sollen etwa die Wiener Hausberge und die Donauinsel besser erschlossen werden und das kulturelle Angebot Wiens besser in die Touristikwerbung eingebunden werden. Einer besonderen Förderung bedürfe auch der Jugend- und Konferenztourismus, sagte Langhammer. Der Redner stellte schließlich den ANTRAG, Finanzstadtrat MAYR möge mit Finanzminister VRANITZKY Gespräche bezüglich der Änderung und Reduzierung der Getränkesteuer aufnehmen.

GR. HANKE (SPÖ) wies auf die großen Leistungen Wiens für den Fremdenverkehr hin, der sich nicht umsonst in stetigem Aufschwung befinde. So sind im kommenden Sommer nicht nur 20 Operettenvorstellungen in der Staatsoper zu sehen, sondern erstmals auch zehn Aufführungen der Spanischen Hofreitschule vor dem Schloß Schönbrunn. Das reiche Kulturprogramm Wiens rund ums Jahr sowie im besonderen der Wiener Musiksommer bilden große Anziehungspunkte für den Fremdenverkehr. Im Bereich des Jugendtourismus wurde 1984 mit der Eröffnung von zwei Jugendherbergen das Angebot wesentlich erweitert. Das im Bau befindliche Konferenzzentrum werde die Konferenzstadt Wien auch für Großkonferenzen konkurrenzfähig machen.

ABSTIMMUNG: Beide Anträge des Berichterstatters wurden einstimmig angenommen, der Antrag der ÖVP wurde dem Finanzausschuß zugewiesen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Flächenwidmungsplan in der Donaustadt

=++++

19 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) beantragte die Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes und des Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Wagramer Straße, Rennbahnweg, Theodor-Kramer-Straße und Am langen Felde im 22. Bezirk. GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte die seiner Meinung nach überdimensioniert breiten Nebenstraßen und die Bebauungshöhe. GR. OBLASSER führte aus, daß die vorliegenden Festsetzungen einen annehmbaren Kompromiß darstellen, der die Interessen der Bevölkerung und der Interessensvertretungen berücksichtigt habe.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Flächenwidmungsplan Oberlaa

=++++

20 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) beantragte einen neuen Flächenwidmungsplan für Oberlaa. GR. ARTHOLD (ÖVP) begrüßte die Einbeziehung der Bevölkerung in die Planungen, sagte, alle berechtigten Wünsche seien erfüllt worden, meinte jedoch, die Information habe zu früh aufgehört. Auch würden die Bürger zuwenig darüber informiert, was die Festlegung einer Schutzzone für den einzelnen bedeute. GR. Ing. SWOBODA (SPÖ) betonte die aktive Beteiligung der Bevölkerung, und daß auf diese Weise die positiven Zielvorstellungen für dieses Gebiet verwirklicht werden können. Sowohl Kulturamt als auch Stadtgestaltungsabteilung informieren auf Anfrage, es solle jedoch keine Zwangsbeglückung für die Bewohner geben. Die Erhaltungspflicht der Hausbesitzer sollte nachdrücklich durchgesetzt werden. Die Bemühungen zur Information über neue Flächenwidmungspläne werden laufend verstärkt. In seinem SCHLUSSWORT betonte GR. Dr. Swoboda die Bereitschaft zur frühzeitigen Einbeziehung der Bürger in die Planungen. Das dürfe jedoch nicht dazu führen, daß dann erste vorgelegte Pläne sofort Angriffe auf die Verantwortlichen hervorriefen, statt die Konzepte als erste Diskussionsgrundlage zu sehen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Übereinkommen mit DoKW

=++++

23 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) beantragte, das Übereinkommen zwischen der Stadt Wien und der österreichischen Donaukraftwerke AG zu genehmigen.

Es sei zweifelhaft, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ), ob das Kraftwerk in der Form, in der es in diesem Vertrag aufscheine, auch entstehen werde. Die FPÖ könne einem Vertrag nicht zustimmen, der technische Projekte enthalte, deren Voraussetzungen nur vage bekannt seien.

Die Gemeinde Wien, erklärte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), müsse den Vertrag ändern oder zurückziehen. Es sei zweifelhaft, ob das Kraftwerk Hainburg der Planung gemäß auch gebaut werde. Es sei die Verpflichtung der Stadt Wien, die Wasserversorgung zu garantieren, man könne aber nicht mit überholten Grundlagen arbeiten.

GR. FREINBERGER (SPÖ) erklärte, daß alle im Vertrag festgelegten Maßnahmen für jeden beliebigen Kraftwerksstandort ebenso zu verwenden seien. Der Vertrag fixiere die technischen Lösungen zur Sicherung des Wiener Grundwassers. (Forts.) je/ko

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Übereinkommen mit DoKW

=++++

24 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) StR. FÜRST (ÖVP) bezweifelte, ob die DoKW das Übereinkommen einhalten werde. Der Vertrag sei schlecht für Wien. Fürst erinnerte daran, daß bei der Sitzung des Stadtsenates im Dezember ein entscheidender Punkt des Vertragsentwurfes zu Lasten Wiens geändert worden sei. Dadurch hätte sich Wien verpflichtet, Fristen einzuhalten. Diejenigen, die diesen Vertrag beschließen, müßten auch die Folgen tragen.

Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) bekannte sich zum Schutz der Ökologie an der Donau unterhalb von Wien. Es gehe ihm persönlich darum, mit Kunstbauten jenen Zustand wiederherzustellen, der vor dem Eingriff des Menschen in die Natur, Donauregulierung 1870 und deren Folgen, bestanden hat. Das gehe eben nur mit einem technischen Eingriff und sei der Versuch eines Ausgleichs zwischen Ökologie und Ökonomie.

Das Übereinkommen mit der DoKW bringe für Wien eine hundertprozentige Kostendeckung der notwendigen Projekte in den Bereichen Abwasser und Grundwasser. Ihm sei daher eine Verschiebung des Zahlungstermines durch die DoKW lieber, sagte Mayr, als neue Vertragsverhandlungen, bei denen für Wien weniger herauschaut. Bei diesem Übereinkommen seien die Interessen der Stadt Wien gewahrt und die Finanzierung der nötigen Projekte gesichert, ohne daß Eigenmittel herangezogen werden müssen.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

(Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Heizkostenzuschuß

=++++

25 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Eveline ANDRLIK (SPö) beantragte die nachträgliche Genehmigung eines außerordentlichen einmaligen Heizkostenzuschusses in der Höhe von 500 Schilling für alle Dauersozialhilfebezieher.

GR. Ing. KREINER kritisierte in diesem Zusammenhang, daß die Fernwärme in Wien zu den teuersten Heizungsarten zähle und ein Mißverhältnis zwischen Arbeitspreis und Grundpreis bestehe. Er stellte einen Antrag, die Grundgebühr abzuschaffen, die steuerlichen Abschreibungszeiträume für Fernwärmeeinrichtungen zu verlängern, die Lieferung von Warmwasser mit dem niedrigeren Steuersatz zu verrechnen, neue Wärmemengenzähler einzuführen, verstärkt Wärmedämmung vorzunehmen, die Abwärmenutzung zu verstärken sowie die Preisgestaltung transparent zu machen und die Fernwärmekonsumenten besser zu informieren.

GR. LACINA wies darauf hin, daß das soziale Netz in Wien so dicht sei, daß jeder, der es nötig habe, daran partizipieren könne. Im Übrigen sei die Fernwärme mit Abstand die billigste Form der Heizung.

StR. HATZL (SPö) widersprach den Ausführungen von GR. Kreiner. Der Fernwärmepreis sei seit 1981 konstant. In den Berechnungen von Ing. Kreiner scheinen verschiedene infrastrukturelle Kosten nicht auf, sagte Hatzl. Die Relation zwischen Grundpreis und Arbeitspreis sei auf Reduktionen durch Sparen und Wärmedämmung zurückzuführen. Eine Änderung des Preisgefüges würde viele Kunden benachteiligen. Bezüglich des niedrigeren Steuersatzes für Warmwasser werde nach einem Weg gesucht. In Kürze werde auch eine Enquete über Möglichkeiten der Wärmeabgabezahlung stattfinden. Transparenz und Information seien im Bereich der Heizbetriebe ohnedies gegeben.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS wies auf Schwierigkeiten etwa von Arbeitslosen und Großfamilien hin, die Heizkosten zu bezahlen. GR. LACINA widersprach in einer zweiten Wortmeldung diesen Aussagen mit dem Hinweis auf die sozialen Errungenschaften sowohl des Bundes, wie auch der Stadt Wien in den letzten eineinhalb Jahrzehnten.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Beschlusantrag der ÖVP wurde dem Ausschuß für Verkehr und Energie zugewiesen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Fortsetzung des Wohnbauprogrammes

=++++

26 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Ing. HOFMANN (SPö) beantragte die Fortsetzung des Wiener Wohnbauprogrammes für die Jahre 1985 bis 1987 mit 24 Wohnhausbauten und -anlagen.

GR. Dr. PETRIK (öVP) erklärte, daß seine Fraktion fünf Projekten die Zustimmung verweigern müsse und ersuchte um eine getrennte Abstimmung. Petrik begründete die Ablehnung in diesen Fällen mit teilweise überhöhten Kaufpreisen, der Notwendigkeit einer Umwidmung sowie fehlender Infrastruktur.

GR. PRAMEL (SPö) sagte, er vermute den Grund der Ablehnung eher in der Tatsache, daß diese fünf Grundstücke von Wohnbaugenossenschaften stammen, die nicht der öVP nahestehen.

ABSTIMMUNG: 19 Projekte wurden einstimmig angenommen. Folgende fünf Projekte wurden getrennt abgestimmt:

- o 22, "Schickgründe" (durch SPö und FPö angenommen)
- o 21, westlich der Brünner Straße (durch SPö angenommen)
- o 21, Pilzgasse 14 (durch SPö angenommen)
- o 19, Weinberggasse 57 - 77 (durch SPö und FPö angenommen)
- o 10, Oberlaaer Straße 200 - 202 (durch SPö angenommen).

(Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Stadterneuerungsfonds

=++++

27 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPö) beantragte die nachträgliche Genehmigung eines Stadtsenatsbeschlusses, wonach der Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds statt 400 Millionen im Jahr 1984 nur 250 Millionen erhalten soll; für den Rest ist in den Folgejahren Vorsorge zu treffen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) kritisierte, daß es zu wenig Informationen über die Arbeit des Fonds gebe. Statt echte Stadterneuerungsmaßnahmen zu treffen, betätige sich der Fonds als Grundstücksagentur.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) führte die Nichtinformation auf Mißverständnisse zurück, lud Hirnschall zum Besuch der entsprechenden Gremien ein und sagte entsprechende Auskünfte zu. Sobald die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen (bereits beschlossenes Wohnhaussanierungsgesetz des Bundes, in Arbeit befindliche Verordnung des Landes Wien dazu), werde der Fonds spätestens im April auch seinen Stadterneuerungsaufgaben gerecht werden können.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPö und öVP angenommen.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Grundwasserwerk Donauinsel Nord

=++++

28 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. FREINBERGER (SPö) beantragte einen Sachkredit zur Durchführung von Voruntersuchungen zum Bau des Grundwasserwerkes Nord. Auf Grund der ungeklärten Situation betreffend das Kraftwerk Hainburg, erklärte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), sei der Bau des Grundwasserwerkes Nord eigentlich unnötig. Unabhängig von allen Plänen der DoKW bezüglich Hainburg, betonte Pawkowicz, sei der Anschluß sämtlicher Wiener Haushalte an die Hochquellenwasserleitung erforderlich. Die Sanierung des Rohrnetzes, durch das derzeit rund 15 Prozent des Wassers verloren gingen, sowie die Nutzung des Grundwassers für betriebliche Zwecke seien notwendig.

Die Stadt Wien bemühe sich, erklärte GR. VEJTISEK (SPö), wasserverbrauchsintensive Betriebe dort anzusiedeln, wo Nutzwasser zur Verfügung stehe. Erste Resultate dieser Voruntersuchung, sagte Vejtisek, seien ausschlaggebend für die Aufbereitungsanlage des Grundwasserwerkes Nord. Zu diesem Zweck werde ein Brunnen errichtet, der über ein Jahr einer den strengsten wissenschaftlichen Kriterien unterliegenden Versuchsreihe dienen werde.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

je/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Vertrag mit Kinoreklame

=++++

30 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Elisabeth DITTRICH (SPö) stellte den Antrag, einen Vertrag zwischen dem PID und der Kinoreklame Ges.m.b.H. für Inseratenakquisition zu genehmigen.

GR. Ing. ENGELMAYER (öVP) lehnte diesen Vertrag ab. Er forderte eine öffentliche Ausschreibung der Inseratenakquisition für "Wien aktuell-Magazin" und das "Amtsblatt der Stadt Wien". Grundsätzlich soll die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien neu überdacht werden, meinte der Redner.

Das Inseratengeschäft der Stadt Wien sei aufklärungsbedürftig. Er habe den Eindruck, daß mit Inseraten eine Parteienfinanzierung stattfindet.

GR. Ing. RIEDLER (SPö) bezeichnete den Vertrag als branchenüblich. Riedler verwies darauf, daß der PID immer wieder Ausschreibungen durchführe. Laut ö-Norm 2050 sind aber Folgeaufträge korrekt, wenn keine Preiserhöhungen und volle Zufriedenheit beider Partner bestehe. Werbeausgaben der öffentlichen Hand seien keineswegs Parteienfinanzierung, und es sei gerechtfertigt, daß die Stadt Wien in Publikationen aller politischen Parteien inseriert. Die Mehrheitspartei werde nicht zulassen, daß die Mitarbeiter des PID unter Druck gesetzt werden. (Forts.) fk/ka

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Krankenhaus SMZ-Ost

=++++

31 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. SCHIEL (SPÖ) beantragte die Schaffung einer Baurate für Planungskosten des Krankenhauses SMZ-Ost in der Höhe von 59 Millionen Schilling.

GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK wies auf die nun bereits 20 Jahre lange Ankündigung dieses Spitals hin. Nun drohe es wie das AKH ein Projekt mit ewiger Planung, mit ungewissen Ausbaukosten und gleitenden Fertigstellungsterminen zu werden. Schlick forderte ein effizientes Management für Bau und Finanzierung des Spitals und die baldige Berechnung der Betriebskosten.

GR. HUBER (SPÖ) stellte fest, daß mit dem Beschluß der Planungsrate ein wesentlicher Schritt für das so wichtige moderne Spital in der Donaustadt gesetzt werde. Für den Ausbau des Krankenhauses liege im Gegensatz zu den Aussagen von GR. Schlick ein konkreter Ausbauplan vor. Die Entscheidung zu bauen konnte erst jetzt, nach der Sicherung der Finanzierung, fallen.

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER bezeichnete die Argumentation von GR. Schlick als Demagogie. Im übrigen, so Stacher, habe eine ernsthafte Planung des Komplexes SMZ-Ost erst mit der Übernahme des Gesundheitsressorts durch die SPÖ begonnen. Der Vorwurf Schlicks falle damit auf die ÖVP zurück. Mit dem Krankenhaus im SMZ-Ost werde die Donaustadt ein modernes, menschliches Spital erhalten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Ausgestaltung des Liechtensteinparkes

=++++

32 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) beantragte die Genehmigung einer Vereinbarung zur Ausgestaltung und Nutzung einer Teilfläche des Liechtensteinparkes im 9. Bezirk als Kinderspielplatz.

GR. LUSTIG (SPÖ) dankte allen, die an der Realisierung dieses Vertrages mitgewirkt haben. Es sei für die Bevölkerung dieses grünarmen Bezirks ein erfreuliches Ereignis, daß nun große Teile des Liechtensteinparkes öffentlich zugänglich sind. Lustig deponierte den Wunsch, daß möglichst rasch ein Zugang von der Liechtensteinstraße und später auch von der Alserbachstraße zum Park geschaffen werde.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Beitrag zur Internationalen Schule

=++++

33 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Für die Beitragsleistung der Stadt Wien an den Bund für die Errichtung der Internationalen Schule im 22. Bezirk beantragte GR. EDER (SPö) einen Sachkredit von 195 Millionen Schilling.

GR. NEUMANN (öVP) bekannte sich zur Notwendigkeit einer modernen Internationalen Schule. Er kritisierte jedoch, daß der Kaufpreis von 3.500 Schilling pro Quadratmeter für Gartengründe zu hoch sei und stellte fest, daß die Verhandlungen mit dem Bund schlecht geführt wurden. Obwohl noch keine Endabrechnung vorliege, bezahle die Stadt Wien jetzt schon 195 Millionen Schilling. Dies sei ein weiterer Beweis, daß mit Steuergeldern sorglos umgegangen werde.

Prof. WIESINGER (SPö) verwies auf den Staatsvertrag, in dem sich die Stadt Wien gegenüber dem Bund verpflichtet habe, 35 Prozent der Kosten für die Errichtung der Internationalen Schule zu übernehmen. Es sei deshalb auch legitim, daß jetzt die Stadt Wien bei Vorliegen einer vorläufigen Kostenaufstellung ihren Anteil bezahlt. Die Endabrechnung werde jedoch sehr genau überprüft werden.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte über Vorsorgebericht

=++++

34 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (öVP) kritisierte, daß der als Gesundheitsbericht bezeichnete Landessanitätsbericht bereits fix und fertig dem Landessanitätsrat vorgelegt werde, der ihn doch eigentlich ausarbeiten müßte. Der nun vorgelegte Vorsorgebericht unterscheide sich nur unwesentlich vom kürzlich präsentierten Gesundheitsbericht - das sei eine Zumutung. Aus ärztlicher Sicht verwahre er sich dagegen, das Gesundheitsamt als Zentrum der Vorsorgemedizin zu bezeichnen: Die Vorsorge liege nach wie vor beim niedergelassenen Arzt. Daß das Echo der Polio-Impfaktion nicht zufriedenstellend ist, sei darauf zurückzuführen, daß die niedergelassenen Ärzte in die Aktion nicht einbezogen sind. Schließlich meinte Wagner, es fehle ein Katastrophenplan, die Vorsorge für Epidemien und die Berücksichtigung der Umwelteinflüsse im vorliegenden Bericht.

(Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte über Vorsorgebericht

=++++

35 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Die Leistungen der Wiener Vorsorgemedizin kennzeichnet die Selbstverständlichkeit, mit der sie erfolgen, erklärte GR. HUBER (SPÖ). Gemeinsam mit Sozialmaßnahmen habe diese konsequente Gesundheitspolitik der Stadt Wien zur steigenden Lebensqualität wesentlich beigetragen. Huber erinnerte an die erste Wiener vorsorgemedizinische Einrichtung, die Tuberkulose-Fürsorge, und erklärte, daß die Wiener Gesundheitspolitik erfolgreich den Weg Julius Tandlers weiterverfolgt habe. (Forts.)
je/ko

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte über Vorsorgebericht

=++++

36 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) kritisierte, daß die Opposition immer wieder Informationen verlange, dann aber, wenn diese gegeben werden, von spektakulären Mitteilungen spricht. Er sei froh über jede zusätzliche Information und die Diskussion darüber gehöre zu den wesentlichsten Aufgaben von Politikern.

Zwtl.: Dringliche Anfrage

Die öVP stellte an Bürgermeister Zilk eine dringliche Anfrage betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Wiener Luftsituation. Im einzelnen geht es unter anderem um den Einbau wirksamer Entgiftungsanlagen in die Kraftwerke und Müllverbrennungsanlagen, um die Festsetzung höchstzulässiger Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft, die Veröffentlichung aller Meßergebnisse, die Einrichtung eines unabhängigen Umweltschutzwachens sowie um die verpflichtende Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Großprojekte. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

37 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) sagte, es gebe zahlreiche Indizien für die Gesundheitsschädlichkeit der Wiener Luft, und über die Rettung des Waldes dürfe man die Gesundheit des Menschen nicht vergessen. Mit den kalorischen Kraftwerken, den Müllverbrennungsanlagen und den EBS verfüge Wien über eine ganze Reihe schädlicher Emittenten. Zwar sei die SO₂-Emission wesentlich zurückgegangen, doch gebe es noch immer eine Reihe anderer Schadstoffe, die gemeinsam mit dem SO₂ große Schäden verursachen, so vor allem die Stickoxide und die Schwermetalle in der Luft. Wien brauche die technisch bereits mögliche Vollentsorgung in bezug auf alle Schadstoffe sowie Smogalarmpläne zur sofortigen Reaktion bei gesundheitsschädlichen Emissionswerten.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) forderte Rauchgasfilter für die kalorischen Kraftwerke und die Müllverbrennungsanlagen in Wien. Pawkowicz bezeichnete es als nicht sinnvoll, ein weiteres kalorisches Kraftwerk zu planen, bevor die anderen Kraftwerke mit effizienten Rauchgasreinigungen ausgestattet seien. Als positives Beispiel nannte Pawkowicz das Kraftwerk Dürnrrohr, das erst nach dem Einbau aller Entgiftungsanlagen nach dem letzten Stand der Technik in Betrieb gehen werde. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

38 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) erklärte, beim Umweltschutz in Österreich stehe die Reinhaltung der Luft an erster Stelle. Dabei gebe es allerdings schwierige Kompetenzverhältnisse. Für die Bevölkerung wären ein Umweltalarmplan und ein Luftreinhalteplan sowohl prophylaktisch als auch hinsichtlich der Information notwendig. Welan sprach sich für einen weisungsfreien, unabhängigen Umweltschutzanwalt aus. Er betonte die Wichtigkeit von Umweltverträglichkeitsprüfungen bereits im Planungsstadium und forderte die Einbeziehung der Öffentlichkeit schon bei der Konzeption größerer Projekte. Das Umweltbundesamt bringe dagegen nichts als zusätzlichen Verwaltungsaufwand. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

39 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. OUTOLNY (SPö) wies Behauptungen der öVP, daß die Schadstoffbelastung der Luft zu Besorgnis Anlaß gebe, zurück. Es sei Tatsache, daß es keine vergleichbare Großstadt gebe, die ein solch erfolgreiches Luftverbesserungsprogramm durchgeführt hat, wie Wien. Dies beweisen auch die Zahlen der Umwelterhebung. Dank der Untersuchungen der Stadt Wien wurden viele wirksame Maßnahmen getroffen. Die Wiener Umweltschutzpolitik gehe konform mit den Maßnahmen der Bundesregierung. (Forts.) lei/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

40 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Die Luftreinhaltenovelle zum Feuerpolizeigesetz sei, erklärte GR. Mag. Eva PETRIK (öVP), immer noch nicht exekutierbar, da die Durchführungsverordnungen fehlen. Im Gegensatz zu vier anderen Bundesländern, in denen diese Durchführungsverordnung zumindest für die städtischen Ballungsräume bereits existiere, gebe es in Wien zwar 15 Meßstellen, die aber nicht alle an einen Zentralcomputer angeschlossen seien. Auch seien, betonte Petrik, die Stickoxidemissionen durch diese Meßstellen nicht erfaßbar. In einen sinnvollen Umweltalarmplan müßten aber alle Meßwerte einbezogen werden. Man könne im Sinne eines aktiven Umweltschutzes nicht auf das Ende langer Versuchsreihen warten, sondern müsse bereits bei den ersten Befürchtungen reagieren. Im Namen ihrer Fraktion forderte Petrik die sofortige Erstellung eines Umweltalarmplanes, einen Luftreinhalteplan und die Durchführungsbestimmungen zur Luftreinhaltenovelle. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

41 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) meinte, es sei verantwortungslos, wenn in der Öffentlichkeit eine derartig negative Stimmung erzeugt werde. Ebenso verwahrte sich Stacher dagegen, aus Gutachten einzelne Sätze herauszunehmen. Aus Einzelfällen könnten keine allgemeingültigen Aussagen getroffen werden.

Umweltstadtrat BRAUN (SPÖ) meinte, die Gesprächsbasis sei durch die Debattenbeiträge der Gemeinderäte Petrik und Welan (beide ÖVP) wesentlich verbessert. Polemische Auseinandersetzungen bringen nichts und werden von der Bevölkerung auch nicht verstanden. Zu Dürnröhr sagte Braun, daß erst auf ausdrückliches Verlangen des Wiener Bürgermeisters ein Sinneswandel eingetreten sei. Zu den Smogalarm-Grenzwerten stellte Braun fest, daß die Stadt Wien die deutschen Grenzwerte übernommen habe. In Gesprächen mit der Akademie der Wissenschaften werden neue Grenzwerte festgelegt. Er lege Wert auf einen gemeinsamen Weg, betonte Braun abschließend. (Forts.)
fk/bs

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

42 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) wies darauf hin, daß das Auto einer der größten Umweltverschmutzer sei. Kauer forderte daher eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, wie die Verbesserung der Information der Fahrgäste, die Verkürzung der Frequenzen, eine bessere Abstimmung der Fahrpläne der verschiedenen Linien, die Durchführung des Beschleunigungsprogrammes für die Straßenbahn, die Einbeziehung der regionalen Buslinien in den Verkehrsverbund, eine rasche Realisierung des Park-and-Ride-Systems und die Förderung von alternativen Verkehrsmitteln wie des Fahrrads. Nicht zuletzt sollte die Stadt Wien selbst, etwa durch die Ausrüstung städtischer Fahrzeuge mit Katalysatoren, ein gutes Vorbild für die anderen Verkehrsteilnehmer sein. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

43 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Von seiner Fraktion wurde nie behauptet, daß es in Wien keine Probleme zu lösen gebe, erklärte StR. HATZL (SPÖ). Die Bemühungen der Stadt Wien um einen verbesserten Umweltschutz werden jedoch von der ÖVP nicht honoriert. Was den öffentlichen Verkehr betrifft, so Hatzl, bemühe sich seine Geschäftsgruppe, noch bessere Bedingungen für die Wiener zu schaffen. Dies gelte sowohl für Umsteigezeiten als auch für Intervalle und Streckenführungen. Den Vorschlag, daß Taxis Busspuren benutzen dürfen, lehnte er im Sinne des Beschleunigungsprogrammes ab. Die Umweltdaten vieler europäischer Nachbarstaaten zeigen beim Vergleich mit Österreich sehr deutlich, daß unsere Situation wesentlich besser ist. Es sei zu wenig, zu allen Umweltprojekten immer nur nein zu sagen, wie dies die ÖVP beispielsweise bei der Sondermüllentsorgung, beim Kraftwerksbau usw., praktiziere. (Forts.) lei/ko

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

44 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) meinte, in Wien könnte es deshalb gar keinen Smogalarm geben, weil die notwendigen Meßgeräte nicht zur Verfügung stehen. Die bestehenden könnten keine Stickoxidbelastungen messen und seien überdies nicht richtig verteilt und dicht genug eingesetzt. Man könne zwar gewisse Belastungen von Großemittenten erkennen, aber nicht die Belastungen durch Hausbrand und Kfz-Verkehr. Für die 639 Kilometer der höchstbelasteten Straßen gebe es keine Messungen. Überschätzen sollte man nicht die Wirksamkeit von Katalysatoren: sie brächten nur genügend gute Ergebnisse bei einer effizienten Verkehrsorganisation. Dazu komme, daß neue Straßen punktuell höhere Belastungen aufweisen, weil sie Verkehr anziehen. Park-and-Ride müsse daher forciert werden. Wichtig sei auch, Umweltschutzinvestitionen bei alteingesessenen Betrieben zu unterstützen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

45 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Bereits sieben der Meßstellen seien an den Zentralcomputer angeschlossen, führte GR. Dr. HÄUPL (SPÖ) aus, man werde aber dafür Sorge tragen, daß auch die restlichen Meßstellen schnell integriert werden, ebenso wie auch für die Möglichkeit einer Stickoxydmessung gesorgt werde. Es gelte, eine dichtere und effizientere Meßsituation zu schaffen. Die SO₂-Emissionen der kalorischen Kraftwerke seien in Wien innerhalb von fünf Jahren um drei Viertel gesenkt worden, sagte Häupl. Aufgrund der zweiten Durchführungsverordnung zum Dampfkessелеmissionsgesetz werde dies auch bei den Stickoxyden möglich werden. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

46 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK verwies in seiner Beantwortung der DRINGLICHEN ANFRAGE darauf, daß die Stadt Wien bereits zu einer Zeit begonnen hätte, Umweltschutzmaßnahmen zur Verbesserung der Luft durchzusetzen, zu der anderswo Probeplanungen vorlagen. Die von der Volkspartei in ihrer dringlichen Anfrage genannten Werte seien bereits mehrfach berichtigt worden.

Zilk verwies darauf, daß die Aufträge für den Einbau modernster Filter für die Müllverbrennungsanlagen bereits vergeben wurden. NOx-Filter für Müllverbrennungsanlagen seien nach dem Stand der Technik aufgrund der hohen Temperaturen noch nicht möglich. Für die Wiener Kraftwerke wurde ein großangelegtes Programm zur Verwendung immissionsarmer Brennstoffe in Angriff genommen. Bei den derzeitigen Kraftwerken, die länger als fünf Jahre in Betrieb bleiben, werden NOx-Filter eingebaut. Ab 1990 werde nur mehr Erdgas verfeuert, betonte Zilk, sodaß SO2-Filter entbehrlich seien.

Weiters gab Bürgermeister Zilk bekannt, daß bereits seit längerem ein Auftrag an die Akademie der Wissenschaften ergangen sei, höchstzulässige Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft zu erstellen. Bis diese Werte festgestellt seien, gelten die neuen Grenzwerte von Nordrhein-Westfalen. Zilk verwies darauf, daß die Wiener Luft derzeit weit entfernt von diesen Smogalarmwerten sei.

Die Forderung der ÖVP, alle Meßergebnisse über die Schadstoffbelastungen der Wiener Luft zu veröffentlichen, sei in Wien bereits übererfüllt, sagte Zilk. Die MA 22 lasse die Meßergebnisse täglich über das Wiener Stadtradio verlautbaren.
(Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

47 Wien, 25.1. (RK-KOMMUNAL) Zur weiteren Forderung der ÖVP nach Einrichtung eines unabhängigen Umweltschutzes meinte Zilk, daß dafür die Bundesverfassung geändert werden müßte. Die Stadt Wien habe allerdings mit der MA 22, der Umweltschutzabteilung, eine Instanz, die eine über die Parteienstellung hinausgehende Sachverständigenstellung innehat. Außerdem sei der Bürgermeister als höchste Instanz mit seiner vollen Verantwortung auch für den Umweltschutz zuständig. Als unabhängige Fachautorität habe er, Zilk, den Wissenschaftler DDr. Strunz herangezogen und überdies die Bildung einer Ökologiekommision angeregt.

Zur Frage der Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Großprojekte im Raum Wien betonte Bürgermeister Zilk, daß Außenstehende sowie die Ökologiekommision die Auswirkungen auf die Umwelt jederzeit prüfen. Unabhängig von der gesetzlichen Verpflichtung, sei aber auch die Umweltschutzabteilung bereits in das Planungsstadium eingeschaltet.

Die verstärkte Förderung des öffentlichen Verkehrs werde bereits seit langem forciert. Zilk verwies auf den großzügigen U-Bahn-Ausbau sowie auf das Beschleunigungsprogramm der Wiener Verkehrsbetriebe. Es sei allerdings bedauerlich, meinte Zilk, daß die Volkspartei immer wieder Beschleunigungsprogramme fordere, aber in konkreten Fällen gegen Einzelmaßnahmen, siehe Josefstädter Straße oder Brünner Straße, selbst oder durch nahestehende Organisationen Einspruch erhebe.

Zur letzten Frage der ÖVP, welche Meinung er zum Bundesumweltamt habe, betonte Zilk, er bekenne sich aus persönlicher Sicht zum Föderalismus. Die Aufgaben eines derartigen Amtes können und sollten von den Ländern vorgenommen werden. Und gerade Wien habe in der Umweltschutzabteilung, der MA 22, ein hervorragendes Instrument dafür. Das Bundesumweltamt könne aber koordinierend wirken.

Die Sitzung endet um 22.05 Uhr. (Schluß) fk/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---

NNNN

Wohnbaugesetz 1984: Mehr Möglichkeiten für die Länder
Utl.: Wien will mehr Mittel für Stadterneuerung einsetzen
=++++

22 Wien, 25.1. (RK-POLITIK/KOMMUNAL) Staatssekretär Dr. Beatrix EYPELTAUER forderte Freitag bei einer Pressekonferenz der "Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft" die Bundesländer dazu auf, ihre Möglichkeiten im Rahmen der neuen Wohnbaugesetze optimal zu nützen. Bekanntlich liegt die Vollziehung des Wohnbauförderungsgesetzes 1984 und des Wohnhaussanierungsgesetzes bei den Ländern, die bis spätestens 1. April 1985 ihre Durchführungsverordnungen zu erlassen haben. Bei dieser Pressekonferenz wurde auch der neue Band aus der Schriftenreihe der Gemeinwirtschaft mit dem Titel "Der gemeinnützige Wohnbau" (4/84) vorgestellt.

Eypeltauer verwies darauf, daß der Bund mit den neuen Gesetzen den Ländern maximale Möglichkeiten zur Unterstützung der sozial schwächeren Gruppen gegeben habe, weil beispielsweise nun die Vorschreibung von Eigenmitteln entfallen könne. Die Darlehenslaufzeit wurde auf 25 Jahre reduziert. Weiters ist eine strengere Kontrolle vorgesehen, so daß etwa keine Zweitwohnungen mehr gefördert werden können. Dem verdichteten Flachbau wurde eine Priorität gegenüber freistehenden Eigenheimen beigemessen.

Wiens Wohnungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN erklärte, es sei aus politischen Gründen leider nicht möglich gewesen, den Verteilungsschlüssel zu ändern - Wien hat einen Sanierungsbedarf von 56 Prozent, bekommt aber nur rund ein Viertel der Mittel -, er sei aber dem Bautenministerium dankbar für die Möglichkeit, die Förderungsmittel vom Neubau zur Wohnhaussanierung umschichten zu können. Von dieser Möglichkeit, die das neue Gesetz nun bietet, werde Wien im Sinne der Stadterneuerung Gebrauch machen, sagte Hofmann. Er hoffe, die Verordnungen schon mit 1. März erlassen zu können. So soll nur mehr für einen Teil der Neubauwohnungen das bisher übliche Darlehenssystem gelten, dafür der Anteil der Annuitätenzuschüsse mit einer Abstufung von 20 bis 75 Prozent erhöht werden, um mehr Mittel für die Stadterneuerung freizumachen. Zusätzlich sollen neue Schwerpunkte bei den Kontrollmaßnahmen, vor allem im Stadterneuerungsbereich, gesetzt werden. (Schluß) roh/gg